

DIE HARKE
22.2.84

Dr. Wiesbrock: „Je mehr Behörden in der Suppe rumrühren, um so trüber wird sie“

Sondermüll Münchehagen: Nienburgs Oberkreisdirektor belastet Landesregierung schwer

Hannover ut). Das Landwirtschaftsministerium und die Bezirksregierung Hannover sind durch die Aussagen des Nienburger Oberkreisdirektors Dr. Wilfried Wiesbrock vor dem Sondermülluntersuchungs-Ausschuß des Landtags schwer belastet worden. Wiesbrock warf dem Ministerium und der Regierung in Hannover vor, seit 1976 Bedenken des Landkreises gegen die Genehmigung der Giftmülldeponie in Münchehagen immer wieder in den Wind geschrieben zu haben.

Der Landkreis Nienburg sei mit der Aufgabe, die Deponie zu überwachen, überfordert gewesen. Hilfe bei der Beurteilung der Sicherheit der inzwischen geschlossenen Münchehagener Gruben sei nicht geleistet worden, auf entsprechende Forderungen des Kreises habe weder das Landwirtschaftsministerium noch die Bezirksregierung reagiert.

Wiesbrock sagte gestern als dritter Verwaltungschef eines Landkreises aus, auf dessen Gebiet chemischer Abfall aus der Industrie oder anderer Sondermüll gelagert wird. Ihre Aussagen wird der Ausschuß zur Grundlage seiner Überlegungen zu einer Änderung des umstrittenen Kontrollsystems über die verschiedenen niedersächsischen Sondermülldeponien machen. Dabei zeigte sich, daß die betroffenen Landkreise ihre Überwachungsaufgaben offensichtlich sehr unterschiedlich wahrnehmen.

Der Landkreis Helmstedt, in dessen Bereich die große Schlammdeponie der Volkswagenwerke in Lehre-Essenrode liegt, begnügte sich bisher mit vorher angekündigten Kontrollbesuchen. Da es an Vertrauen zum VW-Werk nicht mangelt, beschränkt man sich auf die Kontrolle der sogenannten Begleitseine. Sie sollen Aufschluß geben über Art und Beschaffenheit der angelieferten Stoffe.

Ganz theoretisch bestehe hier eine Lücke, räumte der Helmstedter Kreisrat Arno Kulusniewski ein, weil die Angaben auf den Scheinen nicht anhand der tatsächlich eingehenden Ladungen überprüft werden.

Der Kreis Hildesheim ist in dieser Hinsicht ein gebranntes Kind: In die Deponie in Hoheneggelsen waren durch ein holländisches Transportunternehmen verdeckt hochgiftige Substanzen eingelagert worden. Die Begleitpapiere waren gefälscht, die Kontrolleure der privat betriebenen Deponie ließen sich übertölpeln. Aus diesem und einem anderen Vorfall – in Hoheneggelsen liegen auch einige Partien, die das Seveso-Gift Dioxin enthalten – hat man offenbar gelernt: Jetzt – so Hildesheims Kreisdirektor Friedrich Kappey – werde jedes Faß untersucht.

Nienburgs Oberkreisdirektor Dr. Wiesbrock warf den Landesbehörden

vor, den Kreis Nienburg bei der Überwachung der Anlage in Münchehagen weitgehend allein gelassen zu haben. Als Beispiel führte er den Umgang mit den Meßergebnissen aus den rund um die Deponie verteilten Beobachtungsbrunnen an.

Der Kreis habe bei der Bezirksregierung eine systematische Auswertung der vorliegenden Meßreihen beantragt. Passiert sei nie etwas. „Wie aber soll man chemische Untersuchungsergebnisse, die man selbst nicht sachgerecht beurteilen kann, in Verwaltungshandeln umsetzen?“ fragte Wiesbrock verärgert. Er forderte das Land Niedersachsen auf, direkt die Verantwortung für die Sondermülldeponie im Land zu übernehmen und sie nicht wie bisher auf so viele unterschiedliche Ebenen zu verteilen. „Je mehr Behörden in der Suppe rumrühren, um so trüber wird sie“, verabschiedete er sich.

Zum Bericht „Deponie-Abwässer . . .“ vom
25. Februar

„Maulkorbpolitik“

Nun ist die Katze aus dem Sack: Nachdem es der Bezirksregierung Hannover nicht mehr gelungen ist, die krebserregende Giftbrühe aus der sogenannten „Sondermülldeponie Münchehagen“ in den biologischen Kläranlagen Hameln und Burgdorf verdünnen zu lassen, greift sie nun zum letzten Machtmittel, nämlich zur Verdonnerung der Stadt Rehburg-Loccum.

In gleicher Weise gingen seit Bestehen der Giftmülldeponie die Bezirksregierung und das Landwirtschaftsministerium schon oft u. a. mit dem Landkreis um, indem dem LK auferlegt wurde, gegen seine eigene Meinung, seinen Sachverstand sowie eigene Beschlüsse, öffentlich die ökologischen Wahnsinnsideen der genannten Länderregierungen zu vertreten. Diesbezüglich sei hier die Aussage des OKD Dr. Wiesbrock vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß erwähnt, welcher die (wörtlich) „Maulkorbpolitik“ aus Hannover als unerträglich bezeichnet. Auf Kosten unserer Lebensgrundlagen ist diese Nötigungspolitik seit 1970 betrieben worden.

Nur so war es möglich, daß laut Oberverwaltungsgericht 320 000 Tonnen Giftmüll in den wasserführenden Untergrund illegal verbuddelt werden konnten.

Unter anderem wurde 1983 bei Sichtung von Wasseruntersuchungsergebnissen des Wasseruntersuchungsamtes Hildesheim die Entdeckung gemacht: Im „Seuchenwasser“ war der gesamte Bereich der chlorierten Kohlenwasserstoffe nicht untersucht worden. Dieser Mangel ist trotz Protestes auch nicht nachgeholt worden. Die SPD-Fraktion der Stadt Rehburg-Loccum sowie die Bürgerinitiative haben heute die selbst in Auftrag gegebenen Untersuchungsergebnisse des Bremer Umweltinstitutes vorliegen.

Niemand kann ausschließen, daß u. a. eben jenes Dioxin, welches durch Recherchen der Bürgerinitiative nachweislich in großen Mengen in Münchehagen lagert, sich in jenem Sickerwasser befindet.

Der Landwirtschaftsminister sei aufgefordert, von derart ungeheuerlichen Plänen Abstand zu nehmen, die Kommunen haben längst begriffen, daß eine Einleitung in biologisch arbeitende Kläranlagen ohne zusätzliche chemische Stufe nicht zu verantworten und auch politisch nicht durchsetzbar ist.

Sollte Herr Glup dennoch seine Macht in der anvisierten Art mißbrauchen wollen, so muß er wissen, daß wir dieses nicht ohne unseren faktisch untermauerten Protest hinnehmen werden.

Es dürfte schwierig sein, an uns vorbeizukommen – den Rehburg-Loccumer Bürgern sowie einer großen Anzahl solidarisch handelnder Menschen.

Heinrich Bredemeier, Rehburg-Loccum